Die Offensive stockt schon

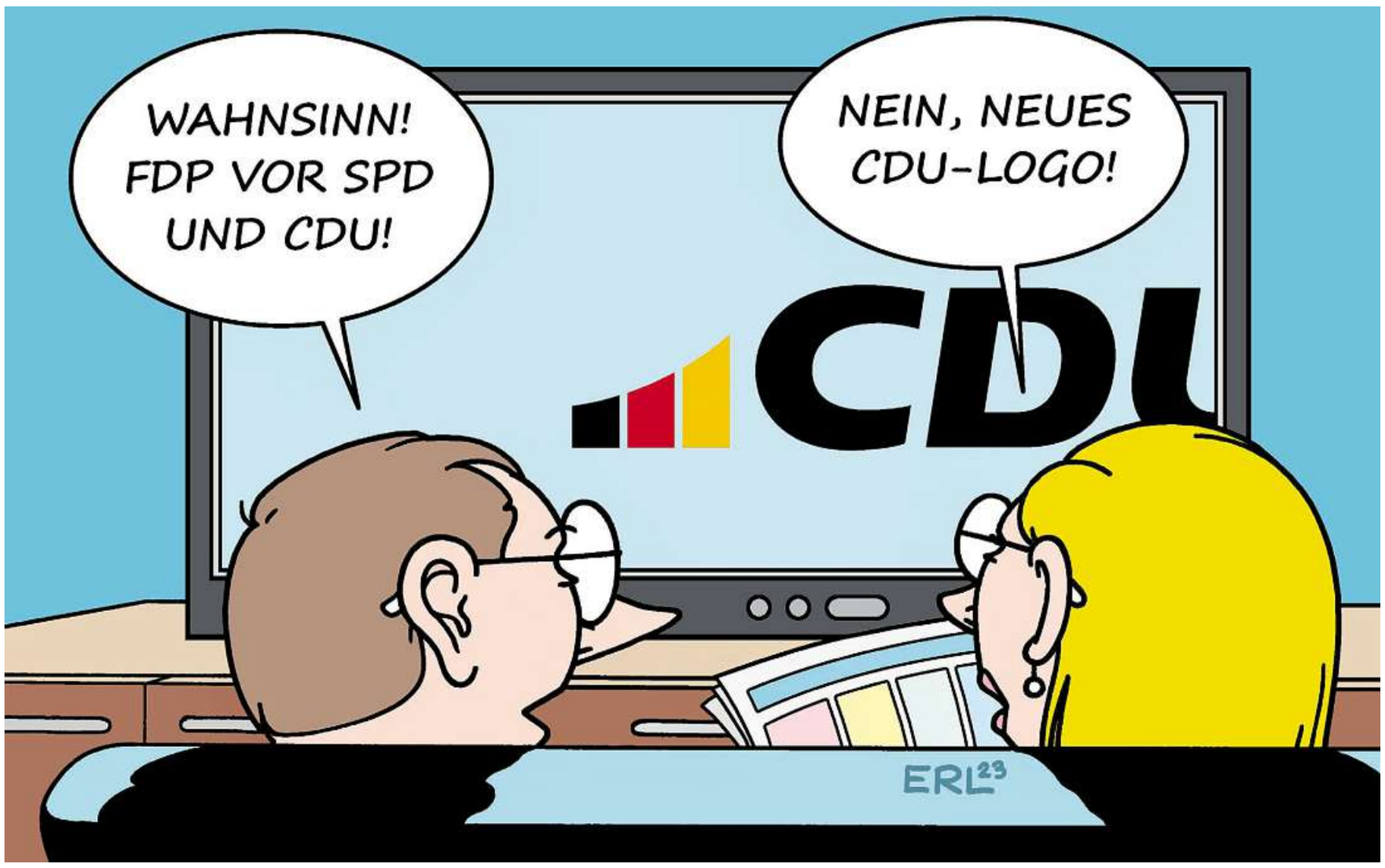
Marc Hagedorn
über die Streckensanierung

Dass Politik und Bahn keine ehrgeizigen Ziele hätten, kann man nicht behaupten. Bis 2030 soll die Zahl der Fahrgäste verdoppelt werden. Bis 2040 soll ein Viertel aller Güter über die Schiene transportiert werden. Und dann ist da noch der Traum vom Deutschlandtakt, der das Reisen flexibler, schneller und pünktlicher machen soll. Das klingt fast zu schön, um wahr zu sein.

Tatsächlich sind erhebliche Zweifel angebracht, wenn man sieht, wie langsam und kompliziert die Umsetzung anläuft. Denn bevor es so richtig in die Vollen gehen kann, muss erst einmal das, was schon da ist – das alte Schienennetz – auf Vordermann gebracht werden. Das kostet Milliarden und dauert Jahre, ohne dass damit auch nur ein Kilometer Neustrecke dazu gekommen wäre.

Zusätzliche Kapazitäten braucht es aber, zum Beispiel für die Strecke Hamburg-Hannover. Deren Neubau ist aktuell jedoch ungewisser denn je. Die Bahn-Offensive stockt schon, bevor sie überhaupt Fahrt aufgenommen hat. **Berichte Seiten 1 und 17**

marc.hagedorn@weser-kurier.de



Martin Erl **Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen**

Eine Rede, passend zur Zeit

Cornelie Barthelme
über Olaf Scholz bei den UN

Es geht dem Bundeskanzler gerade wie den Vereinten Nationen: In Hochform sind beide nicht. Zugleich stehen beide vor Herausforderungen, die riesig sind - in Quantität wie in Qualität. Dies zugrundegelegt, hat Olaf Scholz in New York die richtige Rede gehalten. Er hat die Welt zutreffend als eine „multipolare“ skizziert – eine also mit sehr vielen sehr verschiedenen Interessen und Zielen. Und er hat das einen Zustand genannt, keine Ordnung. Wie zerbrechlich selbst dieser Zustand ist, erleben gerade erneut die Menschen in Bergkarabach.

In dieser Weltlage sind gute Multilateralisten wichtig. Das hat Scholz nicht direkt gesagt; aber sein Werben für mehr Gewicht im Sicherheitsrat für Afrika, Asien und Lateinamerika belegt: Er will einer sein – in bestehenden Bündnissen ebenso wie in neuen Allianzen. Das ist lobenswert und klug. Anstrengend natürlich auch. Aber für Deutschland in dieser Phase von globaler Instabilität unabdingbar.

Bericht Seite 4

cornelie.barthelme@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig · **Chef vom Dienst:** Michael Brandt · **Digitalchef:** Bastian Angenendt-Eiserbeck **Art-Direktor:** Franz Berding · **Leiter Zentraldesk und Politik:** Markus Peters · **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Maren Beneke, Mathias Sonnenberg · **Kultur:** Iris Hetscher · **Sport:** Olaf Dorow **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner · **Stadtteile:** Antje Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten · **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser · **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer **SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Wolfgang Sembritzki* **ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:** Felix Gutschmidt* **DELMENHORSTER KURIER:** Gerwin Möller* **Büro Hannover:** Peter Mlodoch · **Büro Berlin:** Cornelie Barthelme · **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl · **Büro London:** Susanne Ebner · **Büro Paris:** Birgit Holzer · **Büro Washington:** Thomas Spang *Pressedienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 46,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 77.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/ 36 71 0 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 77 Telefax: 04 21/ 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App
Redaktion:
Telefon: 04 21/ 36 71 0 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 55
Telefax: 04 21/ 36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/ 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH

Hilflos verschanzt hinter der Wortewolke

Joerg Helge Wagner
zur Kriminalität in Bremen

Bremen – ein gefährlicher Ort? Vor allem nach Einbruch der Dunkelheit? Wer die schönen Bilder von den Musikfesten am Hollersee oder auf dem Marktplatz vor Augen hat, vielleicht auch das Abschluss-Feuerwerk der Maritimen Woche an der Schlachte, wird dies erst einmal verneinen. Betrachtet man jedoch die Polizeimeldungen allein vom vergangenen Wochenende, kann man wenigstens Zweifel hegen: ein Kindesmord, eine Festnahme nach versuchter Tötung, mehrere Fälle von bandenmäßigem Straßenraub, Überfälle auf einen Discounter und einen Kiosk, Verkehrsunfall und Verfolgungsjagd unter Drogeneinfluss …

Das sei doch heutzutage leider normal für eine europäische Halbmillionenstadt, mögen manche einwenden – und sich im Zweifelsfall an gewissen Orten lieber ein Taxi rufen, wie es Berlins vormaliger Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) in seiner ganzen Hilflosigkeit empfohlen hat. Man kann aber auch hinterfragen, ob diese Kapitulation vor der Kriminalität unvermeidlich ist. Der Versicherungskonzern Allianz veröffentlicht alljährlich auf Basis der polizeilichen Kriminalstatistik einen Vergleich deutscher Großstädte mit mehr als 200.000 Einwohnern. Und dort findet man neben Negativbeispielen eben auch Städte mit geringem Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.

„Bremen hält sich wie die letzten beiden Jahre auf Platz 5 der gefährlichsten Großstädte“, heißt es – wenig überraschend. „Insgesamt wurden der Polizei 66.206 Straftaten gemeldet (11.753 pro 100.000 Einwohner), das sind im Vergleich zu 2021 knapp fünf Prozent mehr.“ Aber vielleicht tröstet man sich in der rot-grün-roten Koalition damit, dass es in Frankfurt, Berlin, Hannover und Köln 2022 noch schlimmer war. Besser wäre es allerdings, man würde mal nachfragen, was bei der Kriminalitätsbekämpfung in München, Augsburg, Wiesbaden, Mainz oder auch Bielefeld anders gemacht wird. Das sind nach der Statistik nämlich

Bremen ist überreif für eine Null-Toleranz-Politik.

die sichersten größeren Städte in Deutschland.

Womöglich steht dort der Kampf gegen „Racial Profiling“ nicht so im Vordergrund wie hier. Und die Polizisten müssen auch keine „Quittungen“ für Personenkontrollen ausstellen, um gegebenenfalls nachweisen zu können, dass sie keine Rassisten sind. Vielleicht sind sie sogar bis zum letzten Streifenwagen mit sogenannten Elektroschockern oder Tasern ausgestattet – was nicht nur manchen Schusswaffengebrauch verhindern mag, sondern auch manchen Randalierer so beeindruckt, dass er die Wirkung gar nicht erst ausprobieren will. Kurz: etwas, das auf eine robuste Art Respekt vermittelt – auch Leuten, die mit dem Wort nicht viel anzufangen wissen.

Worte – wenigstens von denen hat der Senat immer reichlich im Arsenal, wenn aus der Opposition kritische Fragen nach der Sicherheit kommen. Als der Abgeordnete und Ex-Bundespolizist Jan Timke vom Bündnis Deutschland nach der Zahl von Intensivtätern unter unbegleiteten minderjährigen Ausländern fragte, erhielt er eine überraschende Antwort: zwei. Freilich sei der entscheidende Abgleich der Daten von Meldebehörden, Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft aus Gründen des Datenschutzes gar nicht zulässig, gab der Senat in seiner Antwort zu bedenken.

Auf die Frage nach der Prävention folgt die verbale Heerschau der Wohlmeinenden: Anti-Gewalt-Kurse der Jugendhilfe, „multiprofessionelle Teams in den regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren“, die „Lenkungsgruppe Schule, Polizei, Jugendhilfe, Justiz“ und natürlich „interdisziplinäre Fallkonferenzen“ sowie „Schwellen- und Intensivtäterkonzepte zur Verhinderung krimineller Karrieren“. Letztere finden jenseits dieser Wortewolke zur Vernebelung der hässlichen Wirklichkeit statt.

Wer in lauer Sommernacht plötzlich einem halben Dutzend bewaffneter „Antänzer“ gegenübersteht, hofft einfach nur auf eine aufmerksame Streife. Polizeipräsenz statt Bürokraten-Sprech, Akzeptanz der Bürgersorgen statt der Straftäter – Bremen ist überreif für eine Null-Toleranz-Politik der inneren Sicherheit. Leider hat es dafür zu wenig Kräfte und die falsche Regierung. Noch.

joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Ein Brennpunkt der Kriminalität: die Drogen-Szene zwischen Hauptbahnhof und Wallanlagen.

„Faeser fällt die Causa Schönbohm auf die Füße“

Märkische Oderzeitung
über Nancy Faeser

Dass die Opposition nach dem Auftritt der Ministerin im Innenausschuss mit Nancy Faesers Auftritt nicht zufrieden war, überrascht sicher niemanden. Wenn nicht alles täuscht, hat die Opposition aber nicht mehr sonderlich viel in der Hand. Die Ablösung des BSI-Chefs Schönbohm sei „voreilig“ gewesen, heißt es aus Unionskreisen. Das klingt nicht so, also ob sie auch falsch war. Trotzdem fällt Faeser die Causa Schönbohm auf die Füße. Daran ist sie selbst schuld. Wenn alles sich so zugetragen hat, wie sie es schildert, gab es keinen Grund, den Innenausschuss zu düpieren. Sie hat sich zu spät auf einen würdevollen Umgang mit den Parlamentariern besonnen. Wer wichtige Fragen verdrängt, wird irgendwann unter schlechteren Rahmenbedingungen Antworten geben müssen.

„Der Trend nach rechts ist nicht unumkehrbar“

Frankfurter Rundschau
über rechtsextreme Einstellung

Die Tabus fallen auch in den Köpfen. Das Unsagbare wird wieder gesagt. Die Diktatur wird als eine Regierungsform unter anderen verhandelt, Menschen wegen ihrer Herkunft ausgegrenzt und verächtlich gemacht. Die Ergebnisse der aktuellen „Mitte-Studie“ der Bielefelder Wissenschaftler und der Friedrich-Ebert-Stiftung müssen die demokratisch gesinnten Menschen alarmieren. Dieser Teil der Gesellschaft ist gefordert, Rückgrat zu zeigen, Minderheiten zu schützen und für die Demokratie zu werben. Denn der Trend nach rechts ist nicht unumkehrbar. Die von der Bundesregierung geplanten Einschnitte beim Kampf gegen Hetze im Netz oder in der politischen Bildung passen allerdings überhaupt nicht dazu.

„Der Traum vom Eigenheim ist in den Hintergrund gerückt“

Handelsblatt
über Wohnwünsche

Der Traum vom frei stehenden Eigenheim ist laut Studie in den Hintergrund gerückt – zugunsten realistischerer Wünsche. Mehr Menschen als noch vor einem Jahr würden eine geringere Wohnfläche, Kompromisse beim Grundriss oder die weniger zentrale Lage in Kauf nehmen – und wären bereit, dafür einen angemessenen Preis zu zahlen. Und: Immerhin ein Viertel der Befragten glaubt, dass der Markt bei allen Herausforderungen schon jetzt eine günstige Möglichkeit zum Einstieg bietet. So paradox es also klingen mag: Gerade das eher verhaltene Stimmungsbild, das die Umfrage zeichnet, ist ein positives Signal für den Markt.